

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXIII
Kapitel 1: Einleitung	1
Kapitel 2: Güterrechtliche Vereinbarungen in der Unternehmerehe	7
A. Motive für güterrechtliche Vereinbarungen in der Unternehmerehe	8
I. Höhe des gesetzlichen Zugewinnausgleichsanspruchs	8
II. Erfüllungsschwierigkeiten	13
III. Schutz des Unternehmens als Hauptgrund	15
IV. Weitere Gründe	17
B. Gestaltungsmöglichkeiten zum Schutz des Unternehmens bei Scheidung	18
I. Zulässigkeit	18
II. Gütertrennung	20
III. Modifikationen der Zugewinnngemeinschaft	21
1. Ausschluss des Zugewinnausgleichs unter Lebenden	21
2. Herausnahme des unternehmerischen Vermögens aus dem Zugewinnausgleich	22
3. Weitere Modifikationsmöglichkeiten	26
C. Fazit	28
Kapitel 3: Ausgleichsansprüche nach dem Nebengüterrecht	31
A. Bestimmung nicht erfasster Konstellationen	32
I. Nicht erfasste Arbeitsleistungen	32
1. Mitarbeitspflicht von 1900 bis 1977	32
2. Mitarbeitspflicht seit 1977	33
a) Eheliche Beistandspflicht nach § 1353 Abs. 1 S. 2 BGB	33
b) Unterhaltspflicht nach § 1360 S. 1 BGB	36

II. Nicht erfasste Geld- oder Sachleistungen	37
III. Vorliegen eines ausdrücklichen Vertrags	38
B. Rechtsfiguren des Nebengüterrechts	38
I. Konkludent geschlossene Ehegatteninnengesellschaft	39
1. Voraussetzungen	41
a) Grundvoraussetzungen	41
aa) Eheüberschreitender Gesellschaftszweck	41
bb) Wesentliche Beitragsleistung	41
cc) Keine entgegenstehenden ausdrücklichen Abreden	42
b) Indizien für oder gegen ein Gesellschaftsverhältnis	44
aa) Umstände des Einzelfalls	44
bb) Güterstand	44
2. Rechtsfolgen	46
a) Auseinandersetzungsanspruch nach § 738 Abs. 1 S. 2 BGB analog	46
b) Höhe des Auseinandersetzungsanspruchs	47
II. Familienrechtlicher Vertrag sui generis	48
1. Vorliegen einer ehebezogenen Zuwendung	49
2. Vorliegen einer Kooperation	51
3. Ausgleichsanspruch nach § 313 BGB	53
a) Unzumutbarkeit	54
aa) Gesetzlicher Güterstand	55
(1) Regelfall: Ausgleich bereits über §§ 1372 ff. BGB (auch unter Berücksichtigung des § 1380 BGB)	55
(2) Ausnahmefall: schlechthin unangemessenes und untragbares Ergebnis	57
bb) Gütertrennung und modifizierte Zugewinn- gemeinschaft	59
cc) Kriterien außerhalb des Güterstands	60
b) Inhalt und Umfang des Anspruchs	61
aa) Höhe des Ausgleichsanspruchs in Geld	61
bb) Ausnahmsweise dingliche Rückgewähr	63

C. Kritik an den beiden Rechtsfiguren	64
I. Kritik an der konkludent geschlossenen Ehegatteninnengesellschaft	64
1. Vorwurf der Fiktion von Willenserklärungen	64
a) Objektiver Tatbestand der Willenserklärung	66
aa) Ehe als „rechtsgeschäftsferne Zone“?	67
bb) Eheüberschreitender Zweck und Indizien des BGH	67
cc) Bedeutung der Gütertrennung	69
dd) Zwischenergebnis	71
b) Subjektiver Tatbestand der Willenserklärung	71
aa) Erklärungsbewusstsein problematisch	71
bb) Potentielles Erklärungsbewusstsein	72
cc) Folgen fehlenden Erklärungsbewusstseins	73
dd) Geschäftswille	75
c) Zwischenergebnis	76
2. Begrenzung der Rechtsfolgen auf die Auseinandersetzung	77
3. Ergebnis	78
II. Kritik am familienrechtlichen Vertrag sui generis	78
1. Zur Annahme eines Vertragsschlusses durch den BGH	78
2. Zur Ablehnung einer Schenkung durch den BGH	80
a) Rückkehr zur echten Schenkung	80
b) Scheitern bei Arbeitsleistungen	82
c) Kein Unterschied in den Rechtsfolgen	82
3. Zur Unvorhersehbarkeit des konkreten Ergebnisses	84
a) Stärkere Berücksichtigung des besonderen Zuwendungszwecks	84
b) Abschlag für teilweise Zweckerreichung	85
4. Ausgleichsanspruch bei Gütertrennung	90
5. Ergebnis	91
D. Abgrenzung und Unterschiede der nebengüterrechtlichen Ausgleichsansprüche	92
I. Abgrenzung der Ehegatteninnengesellschaft vom familienrechtlichen Vertrag sui generis	92
1. Abgrenzungskriterien	93

2. Tauglichkeit der Kriterien	94
3. Ergebnis	95
II. Erhebliche Unterschiede zwischen beiden Ausgleichs- ansprüchen	96
1. Beweisanforderungen	96
2. Ausgleichsumfang	97
3. Ergebnis	98
III. Schlussfolgerungen	98
E. Möglichkeit des Ausschlusses nebengüterrechtlicher Ausgleichsansprüche durch Ehevertrag	99
I. Ausschluss von Ansprüchen aus Ehegattennengesellschaft	99
II. Ausschluss von Ansprüchen aus § 313 BGB	101
III. Schlussfolgerungen	103
F. Fazit.	104
Kapitel 4: Ausübungskontrolle der güterrechtlichen Vereinbarung als alternativer Lösungsweg	105
A. Alternativer Ansatz in der Literatur	105
I. Grundlage der Ausführungen von <i>Herr.</i>	106
II. Weitere Literaturstimmen	107
B. System der Inhaltskontrolle von Eheverträgen	108
I. Verfassungsrechtliche Vorgaben	108
II. Zweistufiges System des BGH	108
1. Wirksamkeitskontrolle	109
2. Ausübungskontrolle	109
III. Kernbereichslehre	110
C. Ausübungskontrolle güterrechtlicher Vereinbarungen	111
I. Vorüberlegungen	112
1. Anknüpfung an den Ausschluss des Zugewinnausgleichs	112
2. Zweck beider Mechanismen	113
3. Mögliche Vorteile des Wegs über die Ausübungskontrolle	114
4. Ergebnis	115
II. Voraussetzungen der Ausübungskontrolle der güterrechtlichen Vereinbarung	115

1. Ausweitung des Kernbereichs auf den Zugewinnausgleich	115
a) Bedeutung der Teilhabe	116
b) Funktionsäquivalenz von Versorgungs- und Zugewinn- ausgleich	120
2. Kompensation ehebedingter Nachteile	124
a) Begriff des ehebedingten Nachteils	125
b) Nachteilsausgleich statt Rangabstufung der Scheidungsfolgen	127
3. Ergebnis	131
III. Rechtsfolgen der Ausübungskontrolle der güterrechtlichen Vereinbarung	132
1. Ausgleich ehebedingter Nachteile	133
2. Gesetzliche Rechtsfolgen als Obergrenze	135
3. Korrektur innerhalb des jeweils betroffenen Ausgleichs- systems	136
4. Ergebnis	138
IV. Anwendung auf die Fälle des bisherigen Nebengüterrechts	138
1. Vorliegen der Voraussetzungen der Ausübungskontrolle	138
a) Vorliegen eines ehebedingten Nachteils	139
b) Unzumutbarkeit der Lastenverteilung	141
c) Zwischenergebnis	142
2. Passgenauigkeit der Rechtsfolgen der Ausübungskontrolle	142
3. Ergebnis	144
V. Weiterführende Überlegungen	145
1. Verhältnis von Nebengüterrecht und Ausübungskontrolle	145
2. Mögliche Nachteile des Wegs über die Ausübungskontrolle . . .	146
VI. Schlussfolgerungen	148
D. Fazit.	148
 Kapitel 5: Ausgleichsansprüche des Ehegatten des Unternehmers nach italienischem Recht	151
A. Vermögensrechtliche Beziehungen zwischen Ehegatten im Allgemeinen und güterstandsabhängiger Ausgleich.	151
I. Gesetzlicher Güterstand und <i>azienda coniugale</i>	151

II. Vertragliche Güterstände und Grenzen güterrechtlicher Vereinbarungen	153
B. Familienunternehmen: Güterstandsunabhängiger Ausgleich nach Art. 230-bis c.c.	155
I. Einführung	155
II. Die Entstehung der Norm	157
III. Die Ziele der Norm	159
IV. Subsidiarität und Derogierbarkeit der Regelung	160
V. Rechtsnatur	163
1. Kollektivnatur (<i>impresa collettiva</i>)	164
2. Einzelnatur (<i>impresa individuale</i>)	164
VI. Begründung kraft Rechtsgeschäfts oder tatsächlichen Verhaltens	167
VII. Beschaffenheit der Arbeitsleistung	170
1. Allgemeines	170
2. Arbeit im Unternehmen (<i>lavoro nell'impresa</i>)	172
3. Arbeit in der Familie (<i>lavoro nella famiglia</i>)	175
a) Der Kern des Problems	175
b) Zwei gegensätzliche Urteile des Kassationsgerichts	176
c) Urteil des Gemeinsamen Senats	178
aa) Die wesentlichen Argumente	178
bb) Die Schlussfolgerungen	180
cc) Kritik an dem Urteil	181
d) Anschließend ergangene Urteile	182
e) Literaturansichten	184
aa) Restriktive Auslegung	185
bb) Weite Auslegung	187
cc) Rechtsfolgen der „Arbeit in der Familie“	190
f) Zusammenfassung	191
4. Arbeit in Zusammenhang mit einem freien Beruf	191
5. Kapitalbeitrag statt Arbeitsleistung	193
VIII. Die einzelnen Rechte	194
1. Die Vermögensrechte	195
a) Der Unterhaltsanspruch	196

b) Das Recht auf die Gewinne	199
c) Das Recht auf die mit den Gewinnen erworbenen Güter . . .	205
d) Das Recht auf die Werterhöhung	206
2. Die Mitbestimmungsrechte	208
a) Zweck und Rechtfertigung	208
b) Folgen der Nichtbeachtung	209
c) Erfasste Materien	211
d) Mehrheitsentscheidung.	213
IX. Das Erlöschen des Rechtsverhältnisses, insbesondere durch Trennung und Scheidung.	215
1. Allgemeine Erlöschensgründe.	216
2. Spezifische Erlöschensgründe in Bezug auf den Ehegatten	217
a) Erlöschen durch Ehetrennung.	217
b) Erlöschen durch Ehescheidung.	220
X. Die Liquidation des Beteiligungsrechts.	222
XI. Anwendung auf in Form einer Gesellschaft betriebene Unternehmen.	224
1. Ausgangspunkt.	224
2. Urteil des Gemeinsamen Senats	225
3. Kritik an dem Urteil und Gegenansichten	227
4. Einschränkungen innerhalb der befürwortenden Ansicht	231
a) Anwendung nur auf Personengesellschaften	231
b) Anwendung nur bei familiärer Beziehung zu allen Gesellschaftern	232
XII. Anwendung auf andere Lebensgemeinschaften	233
1. Anwendung auf eingetragene gleichgeschlechtliche Lebens- partnerschaften (<i>unioni civili tra persone dello stesso sesso</i>).	234
a) Allgemeines.	234
b) Rechtsfolgen.	235
c) Auflösung der <i>unione civile</i>	236
2. Anwendung auf faktische Lebensgemeinschaften (<i>convivenze di fatto</i>).	237
a) Hintergrund der Regelung	237
b) Definition der <i>convivenza di fatto</i>	238

c) Rechtsfolgen	241
aa) Überblick	241
bb) Neue Vorschrift des Art. 230-ter c.c.	242
(1) Regelungsinhalt.	242
(2) Unterschiede zu Art. 230-bis c.c.	244
(3) Kritik und mögliche Gründe.	244
(4) Gemeinsamkeiten mit Art. 230-bis c.c.	247
d) Beendigung der <i>convivenza di fatto</i>	248
e) Verhältnis zu anderen <i>convivenze</i>	248

Kapitel 6: Schaffung einer gesetzlichen Regelung in Anlehnung an das italienische Recht als vorzugswürdiger Lösungsweg 251

A. Maßstäbe für eine gesetzliche Regelung.	251
I. Verfassungs- und familienrechtlicher Rahmen	251
II. Leitlinien	253
B. Erfasste Fallkonstellationen	255
I. Art der Leistungen	255
II. Umfang der Leistungen	257
III. Relevanz der Familienarbeit	259
1. Ausgangslage.	259
2. Ausgleich für Familienarbeit nach Art. 230-bis c.c. und Nebengüterrecht.	261
3. Ausgleich für Familienarbeit nach neuer gesetzlicher Regelung	262
4. Ergebnis	267
IV. Leistungen zugunsten eines Freiberuflers oder Gesellschafters.	269
1. Freiberufler.	269
2. Gesellschafter	270
V. Andere Fallkonstellationen	273
C. Weitere Anspruchsvoraussetzungen	275
I. Unzumutbarkeit	276
II. Güterstand	276
III. Subsidiarität	279

1. Fehlende Erforderlichkeit des Schutzes durch eine gesetzliche Regelung	279
2. Konsequenzen für die Voraussetzungen des Anspruchs	281
D. Ausgestaltung des Anspruchs	284
I. Art der Ansprüche bei Arbeitsleistungen	284
1. Unterhaltsanspruch	285
2. Recht auf die Gewinne, die mit diesen erworbenen Güter und die Werterhöhung	286
3. Mitbestimmungsrechte	290
4. Ergebnis	292
II. Kriterien für die Anspruchsbemessung bei Arbeitsleistungen	292
III. Ansprüche bei Geld- und Sachleistungen	294
IV. Entstehung und Fälligkeit	297
1. Entstehung des Anspruchs	298
2. Fälligkeit des Anspruchs	301
E. Fazit	303
Kapitel 7: Thesen	305
I. Besonderheiten der Unternehmerehe und Ausgleichsbedürfnis	305
II. Ausgleich über das Nebengüterrecht	305
III. Ausgleich über die Ausübungskontrolle der güterrechtlichen Vereinbarung	306
IV. Schaffung eines gesetzlichen Ausgleichsanspruchs in Anlehnung an das italienische Recht	308